

Linke hofft auf Direktmandate bei Bundestagswahl

Schwerin

(dpa) Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern will bei der Bundestagswahl im September erstmals auch mit direkt gewählten Abgeordneten in das Parlament einziehen. „Wichtig ist ein sehr gutes Zweitstimmenergebnis, weil das die Fraktionsstärke bestimmt. Aber die Erfolge bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen im Vorjahr haben die Erwartungshaltung an Einzelpersonen erhöht“, sagte Landesparteichef Peter Ritter heute in Schwerin. Er tritt in Demmin/Ostvorpommern selbst als Kandidat an und hat dort durchaus Chancen auf das Direktmandat. Auch in Rostock mit Steffen Bockhahn und in Nordwestmecklenburg/Wismar/Parchim mit Martina Bunge kann sich die Partei Hoffnungen machen.

Am Samstag stellt die Nordost-Linke ihre Kandidatenliste für die Bundestagswahl auf. Sie ist seit der Wahl 2005, als die Partei im Land mit 23,7 Prozent ihr bislang bestes Ergebnis einfuhr, mit drei Politikern im Bundestag vertreten. Neben Ex-Ministerin Bunge und Heidrun Bluhm (Bad Doberan/Güstrow/Müritz) war auch Linke- Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch (Schwerin) ins Bundesparlament gewählt worden. Der gebürtige Stralsunder soll als Spitzenkandidat erneut die Landesliste anführen, vor Bunge und Bluhm. Für Platz vier, der bei einem sehr guten Wahlergebnis noch für ein Mandat reichen könnte, bewirbt sich der Neubrandenburger Landtagsabgeordnete Torsten Koplín. Eine Kampfkandidatur wird allerdings nicht ausgeschlossen.

Ritter warnte trotz der jüngsten Wahlerfolge im Kommunalen jedoch vor überzogenen Erwartungen. „Wir haben 2002 Luftballons verteilt mit der Aufschrift 25 Prozent. Und die sind zerplatzt. Wir wollen möglichst deutlich über 20 und ich denke, 23 Prozent sind machbar“, sagte Ritter, der nach acht Jahren Parteivorsitz das Amt im Herbst turnusgemäß abgibt. „Am liebsten nach guten Ergebnissen bei den Kommunal-, Europa- und den Bundestagswahlen, die wir jetzt vor uns haben.“

Zentrales Wahlkampfthema sei die Sozialpolitik. „Original sozial - dafür steht die Linke und dazu gehört eine vernünftige Rentenpolitik ebenso wie ein gesetzlicher Mindestlohn, von dem man leben kann“, erklärte Ritter. Die Linke sei trotz der immer wieder geführten internen Debatten bereit, ihre Vorstellungen auch in reale Politik umzusetzen. „In Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin haben wir das gezeigt. Auf Bundesebene steht die Frage derzeit aber nicht. Dazu sind SPD und Linke zu weit auseinander.“